

Ausgabe 42, 23. Oktober 2007

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Interviews zum Konzept "Talente, Technologie und Toleranz" Experten aus Berlin und Hessen zur TTT-Studie des Berlin-Instituts

[weiterlesen](#)

"Berlin muss wirtschaftsfreundlicher werden" Interview mit Dr. Petra König, IHK Berlin

[weiterlesen](#)

"Nicht über die Globalisierung schimpfen, sondern die Chancen nutzen" Interview mit Landrat Matthias Wilkes, Kreis Bergstraße

[weiterlesen](#)

Interviews zum Konzept "Talente, Technologie und Toleranz" Experten aus Berlin und Hessen zur TTT-Studie des Berlin-Instituts

Die Studie des Berlin-Instituts "[Talente, Technologie und Toleranz - wo Deutschland Zukunft hat](#)" geht der Frage nach, welche Bedingungen über die Zukunftsfähigkeit einer Region entscheiden. Ist es die Wirtschaftskraft, eine schlanke Bürokratie, der Ausbildungsstand der Erwerbstätigen oder die kulturelle Offenheit einer Region? Das Konzept "Talente, Technologie und Toleranz" nutzt eine Reihe von neuen Indikatoren, um das Entwicklungspotenzial von Standorten zu beschreiben. Der TTT-Index hat sich in verschiedenen Ländern als zuverlässige Messgröße für künftige Entwicklungschancen bewährt. Das Berlin-Institut hat das TTT-Konzept erstmals für alle deutschen Bundesländer getestet. Zu den Ergebnissen der Studie hat das Berlin-Institut zwei Interviews mit Experten geführt.

Die Studie "Talente, Technologie und Toleranz - wo Deutschland Zukunft hat" können Sie [hier](#) bestellen.

"Berlin muss wirtschaftsfreundlicher werden" Interview mit Dr. Petra König, IHK Berlin



Petra König, geboren 1969 in Bad Hersfeld, ist seit Januar 2007 bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin tätig. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspädagogik promovierte sie über die "Privatisierung von kommunalem Wohneigentum". Nach Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim in Stuttgart sowie als Referentin der Deutschen Bahn AG in Berlin im Bereich Politische Beziehungen / Verkehrspolitik leitet Petra König zur Zeit den Bereich Wirtschaftspolitik der IHK Berlin.

Folgen in Deutschland die Menschen den Jobs oder die Jobs den Menschen?

Ich denke, die Menschen folgen den Jobs. Es lassen sich Wanderungsbewegungen in den Süden Deutschlands beobachten, es gibt Bildungswanderer nach Berlin, und es gibt leider auch Abwanderung derer, die gut ausgebildet sind, und die in Berlin nicht die berufliche Perspektive vorfinden, die sie sich wünschen.

Nach Berlin kommen also Menschen, um sich hier ausbilden zu lassen. Welche weiteren Aspekte machen Berlin attraktiv für Zuwanderer?

Die Lebensqualität in Berlin ist sehr hoch, eine große Zahl hochrangiger Forschungseinrichtungen ist vorhanden, Berlin als Hauptstadt ist natürlich Sitz von staatlichen Institutionen, Botschaften und Verbänden.

Berlin steht in der Studie "Talente, Technologie und Toleranz - wo Deutschland Zukunft hat" des Berlin-Instituts bei Talenten und Toleranz bundesweit auf dem ersten Platz der Bundesländer. Die ökonomische Situation ist aber weitaus schlechter als in Bayern oder in Baden-Württemberg - was läuft falsch in Berlin?

Es gibt sicherlich einiges zu verbessern in Berlin. Als Beispiele seien Bürokratie und Bestandspflege genannt: Ansässige Unternehmen könnten besser betreut werden sowie systematischer und transparenter Dienstleistungen gestellt bekommen. Trotzdem ist die Lage unserer Einschätzung nach nicht so schlecht, wie die Veröffentlichungen es vermuten lassen. Danach ist Berlin beispielsweise deutschlandweit auf dem letzten Platz, was die Halbjahresprognose der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts angeht. Nach unserer Wahrnehmung dagegen ist die Stimmung der Unternehmer in der Stadt gegenwärtig sehr gut. Dies belegt auch unsere aktuelle Konjunkturumfrage. Wir gehen davon aus, dass sich dies auch in einem entsprechenden Wachstum des BIP niederschlagen wird. Daher glauben wir, dass die amtliche Statistik die Faktoren, die in Berlin das Wachstum bedingen, nicht in vollem Maße in den Prognosen des BIP abbildet. Diesen Standpunkt teilt im übrigen auch die Hauptverwaltung Berlin der Deutschen Bundesbank in Ihrem Bericht zum zweiten Quartal 2007.

Eine andere Sache ist, dass Berlin auch aufgrund seiner Vergangenheit als industrieller Standort nicht sehr stark ist, und dass aufgrund der starken Exportnachfrage deutschlandweit die Industrie boomt. An dieser Entwicklung partizipiert Berlin nur unterdurchschnittlich.

Berlin oder zumindest einige Viertel Berlins wie der Prenzlauer Berg gelten ja als Orte, die besonders viele Selbstständige anziehen, insbesondere eine "digitale Bohème", die Leben und Erwerbsarbeit kaum noch getrennt denkt und - so das Klischee - mit dem Laptop im Café sitzt und dabei Latte macchiato trinkt. Welche Bedeutung kommt dieser Gruppe von Zuwanderern zu?

Die angesprochene Gruppe dieser selbstdefiniert Selbständigen ist vornehmlich der Kreativwirtschaft zuzurechnen. Die Kreativwirtschaft ist eines der definierten Berliner Wirtschaftscluster. Mit 180.000 Beschäftigten (davon 100.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) kommt diesem Cluster eine große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort zu.

Wieso gelingt es woanders besser, Potenziale umzusetzen?

Hier darf man die besondere Geschichte Berlins nicht außer Acht lassen. Aufgrund der Teilung kam Berlin als Hauptsitz für die Industrie nicht in Frage, und der ehemals bedeutende Standort der Elektro- und Maschinenbau-Industrie hat zu Zeiten des geteilten Berlins diese Bedeutung verloren. Die ehemals Berliner Unternehmen sitzen heute in Westdeutschland. Berlin ist das Bundesland mit den wenigsten Arbeitsplätzen im sekundären Sektor, also in der Industrie. Seit der Wiedervereinigung sind zwar 17 Jahre vergangen, aber das hängt Berlin noch nach.

Was kann man machen, um das zu ändern?

Man kann die Situation für die Unternehmen vor Ort optimieren. Sei es, dass Unternehmen Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch nehmen, sei es, dass sie von der Wirtschafts- oder Technologieförderung profitieren können. Die Angebote in der Bestandpflege sind in Berlin wenig transparent. Es ist aus unserer Sicht nicht sichergestellt, dass Unternehmen das optimale Angebot zukommt und dass sie nicht über Gebühr mit bürokratischen Hürden zu kämpfen haben. Hier sind Verbesserungen möglich und nötig - und Berlin sollte sie angehen.

Bei der Bestandpflege ließe sich also noch einiges verbessern. Welche konkreten Ziele verfolgt die IHK darüber hinaus bei ihrer Standortpolitik?

Die IHK strebt eine Fokussierung der Wirtschaftsförderung auf die Gesundheits-, Verkehrs und Kreativwirtschaft an. Diese sollen mit den angeschlossenen technologischen Kompetenzfeldern vorangebracht werden, sowohl was die Situation der ansässigen Unternehmen anbelangt, damit sie sich optimal entwickeln können, als auch im Hinblick auf die Akquise. Zudem müssen die Standortqualitäten besser kommuniziert werden. Berlin muss national und international als wirtschaftsfreundlicher Standort wahrgenommen werden.

Welche Rolle spielt im Verhältnis dazu die Familienfreundlichkeit eines Standorts? Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag hat kürzlich gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium den "[Familienatlas](#)" veröffentlicht, der die Situation der Familien in den deutschen Bundesländern vergleicht. Wie hat Berlin da abgeschnitten?

Vergleichsweise gut, in einigen Bereichen sogar sehr gut. So ist zum Beispiel die Situation der Kinderbetreuung deutlich besser als in Westdeutschland. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch aufgrund der guten Chancengleichheit für Frauen besser als in anderen deutschen Großstädten. Problematisch ist eher die wirtschaftliche Situation der Familien, also die Möglichkeit, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu finden. Auch das Familieneinkommen liegt unterhalb des Bundesdurchschnitts, hat sich im letzten Jahr aber gesteigert. Insgesamt ist Berlin für Familien ein attraktiver Standort.

Welche Entwicklungen sehen Sie in Berlin bezüglich der Stichworte "Talente, Technologie und Toleranz"? Ist Berlin auch in zehn Jahren noch "arm, aber sexy"?

Stichwort Technologie: Berlin ist technologieorientiert und gut beraten, diesen Standortvorteil weiter auszubauen. Die Forschungsinstitute sind vorhanden, es muss daran gearbeitet werden, dass die wirtschaftliche Wertschöpfung aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen stärker in am Wirtschaftsstandort bleibt. Hierfür ist die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft zu verbessern und der Wissenstransfer muss sich stärker an der Nachfrage der Unternehmen orientieren. Stichwort Talente: Hier liegt die große Chance Berlins, auch im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel. Die gut ausgebildeten Fachkräfte sind vorhanden, es gilt, entsprechend attraktive Arbeitsangebote zu schaffen, um eine Abwanderung zu verhindern. Diese Aufgabe muss Berlin bewältigen. Und abschließend Stichwort Toleranz: Sie haben in

Ihrer Studie ja darauf hingewiesen, dass Erfahrungen mit Ausländern die Toleranz stärken. Auch hier wird sich Berlin sicherlich nicht zurückentwickeln. Die Attraktivität Berlins wird sicherlich nicht zurückgehen. Wir gehen vielmehr fest davon aus, dass es Berlin in stärkerem Maße gelingen wird, seine Potenziale zu nutzen. Dies wird sich auch in harten Faktoren wie der Entwicklung des BIP und des Pro-Kopf-Einkommens niederschlagen.

Was macht Berlin interessant für Menschen mit Migrationshintergrund?

Die kulturelle Vielfalt und die Offenheit der Bevölkerung.

Und umgekehrt, was macht Menschen mit Migrationshintergrund interessant für die Berliner Wirtschaft?

Die Berliner Wirtschaft profitiert von dem, was die Menschen mitbringen, von den Angeboten, die sich aus dieser Vielfalt ergeben, und aus der guten Zusammenarbeit auch zwischen deutschen und ausländischen Unternehmern.

Können Sie da ein Beispiel nennen?

Unternehmen, die sich beispielsweise stärker in Polen engagieren wollen, profitieren selbstverständlich von den entsprechenden Sprach- und Landeskenntnissen polnischer Mitarbeiter. Die Vielfalt der Nationalitäten in Berlin ist ein Vorteil für die Unternehmen, der mit zunehmenden internationalen Verflechtungen noch mehr zum Tragen kommen wird.

Das Interview führte Margret Karsch.

Nachdruck unter Quellenangabe (Margret Karsch / Berlin-Institut) erlaubt.

"Nicht über die Globalisierung schimpfen, sondern die Chancen nutzen" **Interview mit Landrat Matthias Wilkes, Kreis Bergstraße**



Matthias Wilkes, 1959 in Dortmund geboren, ist seit September 2003 Landrat des hessischen Landkreises Bergstraße. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften war Wilkes für fünfzehn Jahre bei der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie tätig. 1991 wurde er zum Vorsitzenden des Stiftungsvorstands berufen. Seit 1995 ist er Vorsitzender des Stiftungsrats. Vor der Wahl zum Landrat engagierte er sich als Mitglied der CDU ehrenamtlich auf kommunalpolitischer Ebene.

"Talente, Technologie und Toleranz" sind keine Fremdwörter für Wilkes. Er hat auf seine ganz eigene Weise vorgemacht, wie effektives Tourismus- und Standort-Marketing aussehen kann, und die indische Filmindustrie mit einer Bollywood-Produktion an die idyllische Bergstraße geholt. Damit will er Touristen aus Asien in die Region locken. Auch in der Schulpolitik ist er neue Wege gegangen und hat in den letzten zwei Jahren den Anteil der Hauptschüler ohne Schulabschluss von zehn auf zwei Prozent reduziert.

Das Handelsblatt untersucht in regelmäßigen Abständen die Zukunftsfähigkeit Deutschlands auf Kreisebene. In Ihrer bisherigen Amtszeit hat sich der Kreis Bergstraße um 51 Rangplätze verbessert. Wie macht man das?

Wir haben erstens ganz klar auf das Thema Bildung gesetzt: Das heißt, wir haben ein riesiges Schulbauprogramm aufgelegt, um die Schulen in Ordnung zu bringen. Wir brauchen Infrastruktur, um den Ganztagsbetrieb überall zu leisten. Durch das "Bergsträßer Modell" bleiben die rund 140 Millionen Euro, die wir dafür in fünf Jahren ausgeben derzeit zu rund 80 Prozent in der Region. Wir versuchen, mit beschränkten Ausschreibungen die Handwerker vor Ort ins Geschäft zu bringen. Dadurch entsteht ein Wirtschaftskreislauf in der Region von Bildung bis zu Arbeit und Einkommen. Zweitens ist uns in den Verhandlungen um die Metropolregionen Deutschlands gelungen, als einziger Kreis Mitglied von zwei europäischen Metropolregionen zu werden: Rhein-Main und Rhein-Neckar. Wir nutzen diese beiden großen Ballungsräume, koppeln uns an und nehmen damit auch an deren wirtschaftlicher Entwicklung teil.

Sie haben sich auch insbesondere im Bereich der Hauptschulen engagiert.

Wir müssen für jeden Schüler sicherstellen, dass er seinen Schulabschluss schafft. Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, sind junge Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Perspektive haben. Damit sind sie auf Dauer auf die Fürsorge des Sozialstaats angewiesen, mit allen weiteren Folgen, Problemen und Fehlentwicklungen, die die Gesellschaft belasten und viel, viel Geld kosten. Deswegen kommt es darauf an, die Förderung der Schule so zu organisieren, dass diese Schüler alle den Schulabschluss schaffen. Die Lehrer wissen bereits zwei Jahre vor dem Abschluss, wer es nicht schaffen wird. Diese Schüler kommen in "Schubklassen" mit nur zwölf Schülern und werden zusätzlich von einem Sozialpädagogen begleitet. Im ersten Durchlauf haben von den 62 Schülern, von denen man vorher annahm, dass sie es nicht schaffen würden, 60 ihren Abschluss gemacht. Das ist eine Erfolgsquote, die sich ohne weiteres auf Deutschland übertragen ließe.

Sie sind bekannt dafür, dass Sie die indische Filmindustrie an die Bergstraße geholt haben? Wie kommt man auf so eine Idee?

Wir sind eine Region, die für Touristen attraktiv ist und die in der Nähe des Frankfurter Flughafens liegt. Mit den kleinen Fachwerkstädtchen und der schönen Naturlandschaft lag es nahe, sich für die indische Filmindustrie als Kulisse anzubieten. Vor zwei Jahren haben wir über einen Tag hinweg elf Produzenten aus Bombay unsere Region so engagiert vorgestellt, dass drei Monate später der erste Bollywood-Film dort gedreht wurde. Der erste, der in Deutschland überhaupt produziert wurde und der dann seine Premiere in einem Kino in Deutschland an der Bergstraße hatte, mit einem riesigen Medienaufgebot. Das heißt, wir haben nicht nur Grundlagen geschaffen, um Touristen aus Indien diese schöne Region vorzustellen, sondern gleichzeitig auch innerhalb Deutschlands ein hervorragendes Beispiel für erfolgreiches Standort-Marketing abgegeben.

Brünhilde und Bollywood, wie passt das zusammen? Wie reagieren die Bergsträßer auf das etwas andere Kulturprogramm?

Das passt ganz hervorragend zusammen. Wir sind das Land der Nibelungen. Die Nibelungen sind von Worms aus in den Odenwald gezogen. Die Nibelungensage ist eine der wenigen deutschen Sagen, die international bekannt ist, nicht zuletzt durch Richard Wagner und seine Opern. Wenn man in Goethe-Instituten deutsch lernt, ist die Nibelungensage immer ein Thema, und es war tatsächlich so, dass ich den elf Filmproduzenten bei der Begrüßung auf Schloss Auerbach in romantischem mittelalterlichen Flair erzählt habe, dass Siegfried hier erschlagen wurde und die Story hier gespielt hat.

Viele der regionalen Vorteile treffen auch auf den benachbarten Odenwaldkreis zu. Trotzdem bleibt dieser im Zukunftsatlas des Handelsblatts um 210 Rangplätze hinter dem Kreis Bergstraße zurück. Woran liegt das?

Der Odenwaldkreis hat natürlich Nachteile, weil er etwas weiter von den Ballungsräumen, von den Autobahnen und von der Schiene entfernt ist. Aber die Öffnung für kreative Lösungen muss hier noch mehr eine Rolle spielen. Je weiter Sie in die Provinz gehen, desto mehr finden Sie althergebrachte Verhaltensweisen auch in der Politik. Ich habe den Vorteil gehabt, als Quereinsteiger in die Politik zu wechseln und damit Dinge in Frage zu stellen und mit ganz neuen Ideen aufzuwarten, die für langjährige Verwaltungsleute völlig ungewohnt waren. Es lohnt sich, ein bisschen die Berufe zu durchmischen, mal einen Wechsel von der Politik in etwas anderes und umgekehrt zu wagen.

Während die wirtschaftliche Entwicklung auf Kreisebene überregionale Anerkennung findet, bezeichneten benachbarte Landräte Sie schon mal als "Totengräber der Region". Warum?

Auch da gab es althergebrachte regionalpolitische Vorstellungen. Wir hatten in Südhessen die Region Starkenburg. Das waren die fünf südhessischen Gebietskörperschaften, vier Landkreise und die Stadt Darmstadt. Die Bund-Länder-Kommission für Raumordnung hat elf europäische Metropolregionen festgelegt. Das sind Regionen, die für die Globalisierung stehen, die eine bestimmte Größe haben, eine kompakte Zusammensetzung und Infrastruktur, wie den Frankfurter Flughafen, der in Südhessen außerhalb dieser Region Starkenburg gelegen war. Ohne so einen internationalen Flughafen ist man keine Metropolregion. Die regionalpolitische Landkarte stimmte nicht. Deshalb haben wir das überwunden. Jetzt wird sich selbst die SPD in diesem Jahr noch aus dem regionalpolitischen Projekt Starkenburg zurückziehen. Die Einsicht kam etwas später. Insoweit war das Totengräberattribut eigentlich im Nachhinein eher ein Kompliment für mich.

Neben Technologien und Talenten spielt auch Toleranz eine zentrale Rolle für das Zukunftspotenzial einer Region. Der Verfassungsschutz weist daraufhin, dass sich im Kreis Bergstraße in den letzten Jahren zunehmend rechtsextreme Strukturen verfestigt haben. Inwiefern sehen Sie in dieser Entwicklung eine Gefahr für den wirtschaftlichen Aufschwung?

Das ist leider ein Phänomen, das wir überall haben. Wir erleben immer mehr, dass auch rechtsextreme Parteien erfolgreich sind und bis in die Landtage kommen. Wenn man sich anguckt, wo die Klientel herkommt, sind das gerade die, die wir mit erfolgreichen Schulabschlüssen in Zukunft in eine andere Richtung bringen wollen. Das sind meistens junge Menschen, die keinen Erfolg haben, die sich nach den alten rechtsextremen Verhaltensmustern dann anderen "Starken" anschließen. Sie suchen und finden in der Gemeinschaft die Anerkennung, die sie in unserer Gesellschaft, im schulischen System und auch im Ausbildungssystem nicht mehr bekommen, weil sie dort als Verlierer abgestempelt sind. Ich bin ganz sicher, wenn es im Kreis Bergstraße keine Hauptschüler mehr gibt, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen, dann wird auch das Potenzial für rechtsradikale Rattenfänger kleiner werden.

Also indirekte Prävention durch Bildung. Gibt es auch konkrete Maßnahmen, mit denen Sie dieses Problem direkt angehen?

Wir stehen mit dem Staatsschutz im Kontakt und mit der Polizei. Wir machen ständig Angebote in den Schulen, um die Lehrer über rechtsradikale Tendenzen, über Liedgut und Songs zu informieren. Die entsprechenden Symbole und Zeichen sind für Erwachsene teilweise gar nicht als solche zu erkennen. Da ist sehr viel Aufklärung notwendig, die auch geleistet wird. Das Wichtige ist, die Ursache, anzugehen und die liegt in der persönlichen Entwicklung eines Menschen. Wenn die positiv ist, wenn man Ziele hat, dann ist man weitgehend immun gegen solche Einflüsse.

Was sind Ihre nächsten Projekte? Auf welche Überraschungen muss man sich in der näheren Zukunft an der Bergstraße einstellen?

Es wird noch in diesem Monat ein großes Forum geben, mit dem das Thema der Schubklassen in der ganzen Region öffentlich vorgestellt wird. Wir werden vorschlagen, dieses Modell

flächendeckend für alle Hauptschulklassen einzuführen. Die sozialpädagogische Unterstützung, die kleineren Klassen und die frühe Verzahnung mit Arbeit und Beruf sind für die Frage, ob die Hauptschule eine Zukunft hat, die richtige Antwort. Wir sind in Hessen jetzt drei Monate vor der Landtagswahl. Ich möchte die Parteien alle dazu animieren, sich auf diese Frage einzulassen. Wir brauchen die Schubklasse, aber wir brauchen dann auch von der Politik die Botschaft, dass man entsprechende Lehrerstellen zur Verfügung stellt. Es wird auch in Zukunft weitere Projekte geben. Man darf nichts überstürzen, wir haben eine ganze Reihe von Baustellen aufgemacht, und die müssen noch weiter bearbeitet werden. Ich freue mich jetzt erst mal auf die zwei nächsten Filmproduktionen aus Bollywood.

Das Interview führte Sarah Ganter.

Nachdruck unter Quellenangabe (Sarah Ganter / Berlin-Institut) erlaubt.

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz
E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org
Telefon: 0 30-22 32 48 45